
Sven Papcke

Alles scheint möglich, aber nichts geht mehr... Benötigen wir einen neuen Gesellschaftsvertrag?



Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt Soziologie an der Universität Münster. Schwerpunkte: Politische Soziologie, Europäische Union, Arbeiterbewegung, Elite, Kulturosoziologie.

*„Die Deutschen lieben die Probleme mehr als die Lösungen“
Helmuth Plessner*

Von einem „verblässenden Wunder“ (Giersch) sprechen die einen: Die deutsche Wirtschaft lahmt, weil sie überreguliert ist. Das erklärt sich aus löblichen, aber übertriebenen Einrichtungen, die der Bevölkerung möglichst viele Lebensrisiken abnehmen. Im hiesigen Volksheim war es gemütlich, solange sich diese Bequemlichkeit finanzieren ließ. Das ist auf einem globalen Marktplatz im Wettbewerb mit Volkswirtschaften, die bei der Umverteilung ungnädiger verfahren, nicht länger durchzuhalten. Entweder folgt man den allgemeinen Deregulierungstrends, dann wird es hierzulande wesentlich rauer werden. Immerhin lassen sich ausgedünnte Grundsicherungssysteme retten. Oder man passt sich nicht oder nur ungenügend an, dann wird die Gesellschaft mit weit schlimmeren Folgen einer sich ausbreitenden Verarmung leben müssen.

Nun, diese Tendenz lässt sich ohnedies beobachten, so ist aus anderer Sicht zu vernehmen, und sie sei das eigentliche Gegenwartsproblem. Es gehe gar nicht um mangelnden Reichtum, wir haben es vielmehr mit einem Verteilungsdilemma zu tun. Wenn der Staat das Verhältnis von Kapital und Arbeit stärker zugunsten der Beschäftigten beeinflusse, wäre der sich ausbreitenden Entbehrung beizukommen. Auch die Wirtschaft könne profitieren, da eine steigende Lohnquote die Nachfrage und damit nicht zuletzt die Auslastung der Betriebe fördert. Nicht Deregulierung lautet aus dieser Ecke die Parole, sondern die bessere Kontrolle und Abschöpfung der Finanz- und Einkommensströme, um dem lebendigen Kapital eine menschenwürdige Zukunft zu sichern.

Beide Positionen schließen sich aus, verraten mehr als eine unterschiedliche Wirtschaftsphilosophie. Zu verzeichnen ist das Ringen gegenpoliger Anthropologien. Der Ausgang wirkt vorgezeichnet. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis sich der Nutzenaspekt

durchsetzt - so oder so -, da er mit dem Zeitgeist schwimmt. Kann eine Volkswirtschaft sich dem verweigern? Und was geschieht, wenn die Woge der Veränderungen verpasst wird, die über die Postmoderne hinweg rollt? Wie sehen die wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen aus? Oder anders gefragt: Welche Gesellschaftsverfassung steht der Mitwelt nach einem Umbau im Sinne der Wirtschaftsverbände ins Haus?

Zwar ist der Schleier der Unwissenheit, der laut John Rawls alle Vertragsdebatten einhüllt, längst ebenso gelüftet wie jener der Maja. Wie beim Rätselraten über einen herrschaftsfreien Diskurs à la Habermas tut man nur so, als ob es keine geschichtlichen Erfahrungen gäbe, die lehren, dass Ungleichheit, Knappheit und Herrschaft jedweder Fairness leicht Paroli bieten, wenn die Politik nicht kontrollierend eingreift. Ein Blick hinter die Glitzerfassaden der angelsächsischen Welt macht deutlich, was eine Gegenwart erwartet, die bedenkenlos dem Gewinnprinzip huldigt. Es mag dennoch sein, dass sich dieser Schritt zurück in die Erbarmungslosigkeit nicht vermeiden lässt. Eine derartige Kehre würde indessen die Fundamente der „sozialen Marktwirtschaft“ als informelle Basis der deutschen Nachkriegsgesellschaft aushebeln.

Es gibt also gute Gründe, über die Zukunftsaussichten der/einer „solidarischen Gesellschaft“ (Galbraith) nachzusinnen. Das heißt aber auch, sich darüber klar zu werden, wie jener „unendliche Reformbedarf in diesem Land“, von dem Michael Sommer sprach¹, der Öffentlichkeit bewusst gemacht werden kann. Zudem bleibt festzustellen, wie jener „moderne Sozialkontrakt“ auszusehen hätte, den der neue DGB-Vorsitzende im gleichen Atemzug postulierte. Wenig später forderte er nicht nur einen aktualisierten, sondern gleich einen „neuen Sozialkontrakt“, der den Menschen und „nicht die Ökonomie in den Mittelpunkt rückt“.² Nur er böte die „rechtliche Grundlage“ für gewerkschaftliches, für reformpolitisches Handeln überhaupt, nicht zuletzt im Wettlauf mit dem Neoliberalismus.³ Die Forderung nach einem Gesellschaftsvertrag ist als Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu begreifen. Aber damit allein ist nichts über seine Ermöglichung beziehungsweise die Inhalte und gesellschaftspolitische Tragfähigkeit eines Kontraktwechsels ausgesagt. Und wer sollte ihn mit wem schließen?

Grenzen des Vertrages

Wenn vom Sozialvertrag die Rede ist, sind Krisen nicht fern. So war es mehrfach in der Gesellschaftsgeschichte. Überkommenes verblasste oder Etabliertes wirkte nicht mehr. Entweder kam es zu Unruhen oder die Verhältnisse waren wenigstens gedanklich umzuorientieren. Es musste nach neuen Klammern gesucht werden, und sei es mit Appellen an einen ausdrücklichen oder impliziten Gesellschaftsvertrag.

Die Antike benötigte den Vertragsgedanken nicht, weil ihr der Mensch von Natur aus sozial galt. Diese Sichtweise wurde vom katholischen Naturrecht übernommen und bis in die Neuzeit hinein von konservativen Strömungen gepflegt. Seit den Religionskonflikten und Schichtspaltungen durch wirtschaftliche Mobilisierungsprozesse war nicht länger von einer natürlichen Ordnung auszugehen. Thomas Hobbes übernahm zur Neubegründung des Politischen daher ein Konzept aus dem privatrechtlichen Kontraktrecht. Der Vertragsgedanke

1 Michael Sommer, Neue Zeiten. Neue Chancen, Rede auf dem 17. Ordentlichen DGB-Bundeskongress am 28.5.2002, in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik Nr. 5/6 (2002), S. 9 ff., hier S. 10.
2 Michael Sommer, Politische Weichenstellung gefragt, einblick Nr. 12 (2002), S. 7.
3 Michael Sommer, Soziale Dimension berücksichtigen, einblick Nr. 21 (2002), S. 7.

fungierte dabei als Rechtfertigung des faktisch vorhandenen Zwangs. Denn realgeschichtlich hat nie ein gesellschaftlicher Kontraktabschluss stattgefunden, an dem alle Betroffenen beteiligt waren.

Seit der Frühmoderne geriet Politik zum Handwerk. Folglich war eine Legitimationsbegründung nötig, die per Quasikonsens den Zusammenhalt auf Dauer stellen half. Der Vertrag erlaubte es, Gehorsam unter Gleichen zu erzwingen, während Freizügigkeit den Gesetzen der Stärke unterliegt. Von Bedeutung blieb, wie das jeweilige Vertragsbild ausfiel. Wird an eine kollektive Unterwerfung gedacht oder an assoziierte Mitglieder, die aus „Einsicht in die Notwendigkeit“ (Hegel) ihr Wohlbefinden in geregelter Zustimmung suchen?

Das Vertragsmodell wurde später durch den Evolutionsgedanken abgelöst. Es galt nun als Rechtsfiktion, die mit der Erfindung des Volkswillens als Motor der Politik abgetan werden konnte. Dennoch blieb dieser Denktypus als „Ordnung der Vorstellungskraft“ für die neuzeitliche Verfassungsgeschichte präsent.

Es handelte sich aber nicht nur um eine Fiktion, auch Rosstäuscherei ist im Spiel gewesen. Beim Vertragschließen sind angeblich alle gleich. Das wirkte wie eine Quelle von Konflikten. Pflügt doch alles auf freier Zustimmung zu beruhen, die angeblich unveräußerlich ist. Nach Vertragsabschluss ergibt sich jedoch stets ein neuer Zustand. Denn in einem zweiten, einem Obrigkeitsspakt entäußern sich die Beteiligten erneut ihrer Freiheit und Gleichheit, selbst wenn laut Wunschenken nun Gesetze nach Maßgabe der Vernunft den Ton angeben.

Der Gesellschaftsvertrag bildet eine *societas leonina*, weil der Vertrauensanteil zu groß ist. Außerdem untergräbt ein auf den Vertrag verkürzter Vertrag nicht nur diesen selbst, wie Emile Durkheim wusste. Er funktioniert auch nur richtig, solange die Voraussetzungen bestehen bleiben, die zum Abschluss geführt haben beziehungsweise solange die Bereitwilligkeit währt, die den Vertrag erst ermöglichte. Der durch den Kontrakt geschaffene Zustand dauert andernfalls womöglich an, wiewohl der „Vertrag“ längst innerlich gekündigt wurde.

Das Vertragsdenken wirkte zwar fortschrittlich gegenüber den alteuropäischen Quellen der Souveränität. Ist der Vertragsstaat aber erst errichtet, „thront auch er majestätisch über den Gliedern“ (Fehr). Gegenüber der vorherigen Unterwerfung hat sich nicht viel geändert, weswegen von den „Absurditäten“ (Pareto) dieses politischen Dessins gesprochen wurde. Solch imaginärer Staatsvertrag schien für die frühbürgerlichen Denker dennoch attraktiv, weil er auch der Politik, nicht etwa nur der Lebenswelt ein Tauschverhältnis „als formalrechtliches Apriori“ unterstellt.⁴ Dadurch wurden die Realitäten verbrämt, ganz so wie die vielberufene bürgerliche Vernunft „in der undurchsichtigen realen Gesellschaft“ kaum eine Rolle spielt.

Tatsächlich können die Menschen ihre Welt nicht frei entwerfen, auch nicht als kollektive Vertragspartner. Sie finden sie vor, nicht zuletzt, indem sie Umweltprägungen folgen. Diese bilden ein Dispositionssystem von Denk- und Handlungsschemata, das ihre Wahrnehmungen wie Deutungen festlegt. Sie spiegeln außerdem die Vielfalt ihrer sozialen Lagerungen. Der Vertrag übersetzt nur Gebundenheiten der Vertragsschließenden, bleibt mithin Ausdruck jener „Handlungsgrammatik“ (Bourdieu), die schon vorher bestand und die sehr stabil ist.

Man darf also keiner „Kontraktmagie“ verfallen, von der Ernst Bloch gesprochen hat. Im Vertrag wird keineswegs, wie Luhmann meinte, „der direkt kommunikative Rekurs auf Macht ersetzt durch Bezugnahme auf Symbole, die beide Seiten normativ verpflichten und zugleich dem unterstellten Machtgefälle Rechnung tragen“.⁵ Die Macht bleibt vielmehr real,

4 Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt/M. 1966, S. 313.

5 Niklas Luhmann, *Macht*, Stuttgart 1975, S. 10.

und das ist das Problem. Wer sich auf einen neuen Gesellschaftsvertrag - wo immer - beruft, muss nicht nur den alten ablösen. Er benötigt überdies Einflussmittel, um das Aushandeln eines neuen Zustandes nicht nur gegen Deutungskonkurrenz, sondern auch wider eine Marktnormalität durchzusetzen, die sich noch dazu transnational etabliert hat. Die Rede von einem besseren Sozialkontrakt als „Rahmen für notwendige Reformen“ (Sommer) bleibt folglich illusorisch oder dient der eigenen Tröstung, falls sie

- sich nicht auf ein problemgerechtes Programm in diesen renditetrunkenen Zeiten stützt,
- nicht Folterwerkzeuge vorweisen kann samt kampfbereiter Anhängerschaft beziehungsweise
- nicht im Stande ist, die alles bestimmende öffentliche Meinung im Sinne der eigenen Sicht der Dinge zu beeinflussen.

Praktische Vorausbedingungen wie diese für politische Initiativen, die einen neuen Gesellschafts- oder auch nur Sozialkontrakt anstreben, bilden keinen Einwand gegen dessen Notwendigkeit; sie weisen nur auf Umsetzungsprobleme hin. Ansonsten spricht der Realverlauf der Sozialdinge laut und deutlich für Reformen, man braucht ihn nur aufmerksam zu beobachten.

Problemkonjunktur

„Wir haben den nackten Kapitalismus nicht etwa durch die Beifügung des klein geschriebenen Adjektivs „sozial“ zum Begriff Marktwirtschaft überwunden“, kommentierte Kanzler Helmut Schmidt sozialreformerische Anstrengungen der Bonner Republik, „sondern durch ein System der sozialen Sicherheit, das für die vielen Millionen Menschen - je einzeln - mehr Freiheit gebracht hat“. ⁶ Dennoch schrumpft seit Mitte der 1990er-Jahre der Anteil derjenigen Bundesbürger, die mit dem Gesellschaftssystem zufrieden sind. Der Kapitalismus steht offenbar wieder recht unbekleidet auf dem Programm. Nur 47 Prozent der Deutschen beurteilen die Marktwirtschaft positiv, 1994 waren es noch 57 Prozent gewesen. In den östlichen Bundesländern fiel der Imageverlust noch drastischer aus: Das Ansehen des „rheinischen Kapitalismus“ rutschte dort von 70 auf 25 Prozent ab.⁷ Angesichts vielfältiger Umwelt- und Lebensweltschäden sowie mit Blick auf Verschlechterungen der Verteilungslage wird man unsicher, ob überkommene Begriffe und Standorte weiterhin etwas bedeuten. Was heißt noch Solidarität, was Chancengleichheit? Debatten über Sozial- oder Generationenverträge bleiben indes ungehört, weil sie die Normalität berühren, der man nicht ausweichen kann.

Trotz des Unbehagens an der Postmoderne stößt das Industriesystem mitsamt seinen ökonomischen Imperativen nirgendwo an eine „Kontraproduktivitätsschwelle“ (Sieferle), wengleich die Zugewinnchancen immer enger werden, nicht zuletzt deswegen, weil Deutschland seit längerem das ökonomische Schlusslicht der EU ist.⁸

Marktschwellen scheinen nicht in Sicht, aber ist vielleicht der Wille zur Kurskorrektur gewachsen? Etwa weil der Modernisierungsprozess inzwischen als „Bilanzzauber“ (Broch)

6 Helmut Schmidt, Rede auf der Sozialdemokratischen Fachtagung „Internationale Politik“ in Bonn am 9./10. April 1976, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1976, S. 81 ff., hier S. 86 f.

7 Daten in: Welt am Sonntag vom 7.5.2000, S. 53.

8 Zu den Gründen Eckard Hein u. a., Standortbericht 2002, in: WSI-Mitteilungen 6 (2002), S. 307 ff.

zu einer ständigen Widerlegung seiner Gründe durch andere Gründe führt? Oder, konkreter, da die Folgeschäden, die das Weltfinanzsystem hervorruft, erheblicher ausfallen als seine Vorteile? Dieser Zusammenhang müsste allerdings breitenwirksam als Verhängnis wahrgenommen werden, was die waltende Wirtschaftsreligion als Metakommunikation der Zinsen zu verhüllen weiß, denkt man etwa an den plutokratischen Übergriff auf den Medienbesitz. Auch dort herrscht Fusionitis, wohin man schaut, entsprechend schrumpft der Meinungs- als Kritikspielraum.

Entsprechend ist man sich nicht einig, was es eigentlich zu korrigieren gilt. Wie könnte ein erneuerter Sozialvertrag aussehen? Geht es dabei um die freie Entfaltung der Marktlogik? Oder aber wider jene sozialen beziehungsweise handlungshemmenden Fesseln, die dem Konkurrenzprinzip angelegt wurden? Das ist indes keine Glaubens-, sondern eine Machtfrage.⁹ Auch von jenen Gesellschaftskräften, die vormals den Appetit des Marktes auf Differenz zügeln wollten, wird sie allerdings längst nicht mehr bedacht, geschweige denn gestellt.

Wie immer, unter Berücksichtigung einer ungebrochenen Deregulierungs- und Techniqueuphorie mag es daher scheinen, als ob die Dynamik des Umbruchs zu einer neuen Art von Naturgewalt geriete, der man sich bei Strafe des wirtschaftlichen Abstiegs nirgendwo entziehen zu können glaubt. Wer oder was spielt gegenüber solcher „Dogmatik des Egoismus“ (F.A. Lange) den Bremser? Oder wenigstens den Wagenlenker? Denn die Entwicklung geht - wie die Geschichte lehrt - oft eher Um- oder Abwege, von Sackgassen ganz zu schweigen.

Der lauter werdende Unmut, der sich gegenwärtig vor allem als Antiglobalismus äußert, verweist immerhin auf ein Schwinden jener Ende-offen-Hoffnung-auf-Mehr-und-Mehr. Damit stehen unschöne Kehrseiten eines Ablaufes am Pranger, der ebenso jeder Kontrolle entglitten scheint wie der allgemeine Veränderungsdruck, den die technische Formationsdynamik auf die Gesellschaft und ihre Staaten ausübt. Hinzu kommt das Dilemma, dass sich jene Wohlstandswelle, die lange Zeit eine vollmundige „Soziologie der Prosperität“ beflügelte, ganz anders als erwartet aufgeschaukelt hat. Zwar wächst der Reichtum ins Pompöse, gleichwohl gerät dessen Transfer immer mühsamer und gesellschaftspolitisch zugleich absurder, wie Klüfte im Sozialgefüge zeigen, die immer tiefer wirken.¹⁰ Aber führt diese Verschlechterung zu Protest, der mehr ist als ein Unmutsgemurmel? Und wenn nicht, woran liegt das Schweigen der Betroffenen?

Macht des Zeitgeistes

Seit längerem besetzt ein ausgeprägter Starkult unseren Wertehimmel. Bewundert werden Spitzenfiguren aus Film, Sport, Musik oder Finanzen. Sie verkörpern den postmodernen Jedermann, der sich auf der Bühne des Wettbewerbs durchgesetzt hat. Zwar haben wir es in Wahrheit mit einem kollektiven Phänomen zu tun, denn die Promikultur ist ein Kunstprodukt der Medien. Aber die Botschaft der Bilder und Nachrichten lautet gleichwohl: Was zählt, ist der Erfolg und sein Prestige - abzulesen nicht zuletzt an der Einkommenshöhe. Oder anders ausgedrückt: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied. Und wer es nicht packt, der soll sich still bescheiden. Nicht etwa auf Leistung kommt es dabei an, mithin auf die Anstrengung

9 Vgl. Sven Papcke, Machtfragen, in: S. Papcke/K. Th. Schuon (Hrsg.), Braucht die SPD ein neues Grundsatzprogramm?, Berlin ²1985, S. 127 ff.

10 Vgl. die Beiträge in Axel Honneth (Hrsg.), Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/M. und New York 2002.

oder ihren Beitrag für das Gemeinwesen. Vielmehr zählt das Sich-Durchsetzen-Können der Ich-Agenten. Was sind Verantwortung, Rücksichtnahme, Solidarität oder auch Zugehörigkeitsgefühle demgegenüber anderes als Fesseln, die der Selbstsucht angelegt werden sollen? Nein, wirklich relevant sind Auftreten, Flexibilität, Anerkennung und mein Wohlbefinden, neudeutsch wellness genannt. Das Leben als eiliger Dauerhochsprung: Ich bin ich! Wer bist schon du?

Die Zeiten sind diesem Traum vom Selbst als Hauptmenü gewogen. Es hat historisch länger gedauert mit den ökonomischen Voraussetzungen der Selbstverwirklichung, als liberale Vordenker erwartet hatten. Und die Ergebnisse sind womöglich prekärer, als man erhoffte, nicht zuletzt ökonomisch. Denn auch wenn der Wettbewerb funktionieren sollte, ist er nach Müller-Armacks spöttischer Bemerkung höchstens als „Halbautomat“ zu verstehen, der wirtschaftspolitische Steuerung ebenso voraussetzt wie die Korrektur seiner Einkommensstreuung. Im Umkreis lauter selbstsorgerischer Einzelkämpfer, die ihr Eigentum zu mehren hoffen, stoßen allerdings Leistungen, Formen und Regeln des Zusammenlebens, welche in Wahrheit den Ichkult erst ermöglichen, zunehmend auf Schwierigkeiten. Die Überhöhung des Selbst wirft lange Schatten der Asozialität auf die Mitwelt.

Die Rede ist nicht nur von Anzeichen eines Verfalls der Werte, die gemeinsam hoch gehalten werden - oder schon nicht mehr gelten. Man denke an die sich häufenden Durchstechereien in der Wirtschaftswelt, der man doch angeblich Vertrauen schenken soll: Skandale von Enron bis Worldcom wirken wie das Watergate des Neoliberalismus. Um von der Selbstbedienung im politischen Raum zu schweigen oder um die mediale Kunst der Täuschung zu verdrängen, die unser aller Handicap ist. Schlimm genug, aber bedenklicher noch, wenn auch vor diesem Hintergrund nicht unerwartet, wirkt die allenthalben zu beobachtende Regellosigkeit und Verwahrlosung der Lebenswelt in diesen posteuphorischen Zeiten. Wohin man schaut, man trifft auf Schleifspuren einer Gesellschaft, der Zusammenhalt, Dynamik und Antrieb abhanden kommen zugunsten von egoistischen Unterstellungen: nämlich, dass einem alles zusteht, nicht zuletzt Anerkennung, wiewohl im Fall der Fälle, wenn alles schief gehen sollte, andere vorhanden sein müssen, um zu helfen.

Solidarität

Das sich abzeichnende Abbröckeln des Sozialstaates, der bislang als Hauptgarant des Gesellschaftsvertrages verbucht worden ist, könnte die Epoche ohne tragfähige Sicherungssysteme zurücklassen. Im Rahmen der Globalisierung und der durch sie hervorgerufenen Deregulierungsschübe lösen sich eingespielte Formen des Abgleichs von Eigeninteressen und Gemeinwohlbedürfnissen auf. In der seit längerem unübersehbaren Spannung von Selbstverwirklichungswünschen und Solidaritätspflichten - zum Beispiel in Form von Steuern und Abgaben - siedelt der wachsende Unwillen vor allem der Jungen, Gesunden oder Tüchtigen, mehr zu geben als zu erhalten. Der „Gemeinwohlbegriff“ dieser Klientel fordert eine angemessenere Gegenseitigkeit und verlangt der Epoche mehr Selbstverantwortung ab, mit deutlich weniger Umverteilung von oben nach unten.¹¹ Der Staat solle sich aus der Zuteilung möglichst heraushalten, er sei vor allem für den Schutz der Eigentumstitel zuständig, punktum.

¹¹ Vgl. Norbert Berthold, Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung, Tübingen 1998.

Diese Position steht und fällt allerdings mit jener Idee der Chancengleichheit, die der neuzeitlichen Sozialvertragsvorstellung zugrunde liegt. Damit aber treten die Folgen der Massenarbeitslosigkeit als Blockierung der intergenerativen Aufwärtsmobilität ins Blickfeld. Zieht doch die abschmelzende Beschäftigungsnachfrage, die womöglich abzubremsen, kaum aber aufzuhalten ist, der informationsgesellschaftlichen Reformdebatte sämtliche Fundamente weg.

Nicht nur kann eine zunehmende Ungleichheit die Ordnung und den politischen Konsens untergraben. Die sich abzeichnende Dreiklassengesellschaft - steuerzahlend-staatstragende Spitze, staatsbelastende Sozialbittsteller, verachtete Klasse der Überflüssigen - müsste irgendwie abgefedert werden. Aber wie? Etwa durch Beschneidung der Ansprüche? Also durch einen neuen Umgang mit der Knappheit? Sind Steuern, Abgaben oder Solidarität nur durch das Selbsterhaltungsinteresse der politischen Gemeinschaft zu rechtfertigen? Keineswegs aber durch das seit Johann Gottlieb Fichte unterstellte und gemeinschaftlich zu sichernde Recht auf Unversehrtheit, Leben und Versorgung aller?¹² Der dann drohende Abmarsch in den armen, aber starken Staat dürfte Schwierigkeiten bereiten. Die sich abzeichnende plutokratische Spreizung der Globalmoderne macht es wenig wahrscheinlich, dass die Betroffenen sich friedlich um dieses Ordnungsverständnis für Habenichtse scharen werden. Oder doch?

Wie immer es weitergehen wird: Gelingende Ichfindung bleibt gebunden an Mitmenschen und ihre Fürsorglichkeit. Wohl und Wehe der Privatexistenz spiegelt besagtes Allgemeinwohl. Dieses steht keineswegs im Gegensatz zum Meinwohl, ganz und gar nicht. Beide Dimensionen müssen sich bedingen und ergänzen, damit sich Chancen und Risiken der Biographie die Waage halten.

Kaum verwunderlich vielleicht, warum nicht nur vom Gemeinwohl, sondern vermehrt von einem neuen Sozialvertrag zu hören ist. „Es geht um den Wert des Menschen“, mahnte der Gewerkschaftsbund vor langem, „und nicht um seine bloße Verwertung“.¹³ Wie wahr, was aber macht heute die Gesellschaft noch erträglich und was hält sie zusammen? Reicht das Pochen auf Ansprüchen aus oder benötigen wir *mehr* Solidarität? Die Frage nach dem Zusammenhalt drängt sich auf, weil alles auseinander strebt. Verträgt sich die pluralistische Interessenkonkurrenz überhaupt mit Gemeinwohlvorstellungen? Wenn der Begriff schon keine soziale Realität beschreibt, vermag er wenigstens als regulative Idee zu dienen? Das kann sein, damit ist die Deutungsvielfalt aber nicht vermieden. Was jeweils als Gemeinwohl verstanden wird, spiegelt die Palette der Gesichtspunkte, die sich im Streit um die ideologische Hegemonie durchgesetzt haben. Und die liegt heute trotz besagter Irritationen fest in Händen einer Marktlehre, die nicht nur die Folgen der Konkurrenz naturalisiert. Sie tut unter Verweis auf die Transnationalität ihrer Dynamik zugleich alle Überlegungen oder Versuche, dem gegenwärtigen Finanzkapitalismus etwa mit Blick auf das Steigen der Ungleichheit soziale oder andere Rücksichten vorzuschreiben, als Verschlimmbesserung der Lage ab.

Abwärtsspirale

Der 11. September 2001 brachte den Zeitgeist und seinen Börsenzauber aus dem Gleichgewicht. Die allgemeine Verunsicherung bescherte dem Weltdorf einen robusten Einbruch der

12 Johann Gottlieb Fichte, Grundlage des Naturrechts (1796), hrsg. von Fritz Medicus, Leipzig ²1922, S. 214 ff.

13 DGB (Hrsg.), Mitbestimmung. Eine Forderung unserer Zeit, Düsseldorf 1968, S. 7.

Konjunktur. Ängste, Sorgen und diffuse Gefühle der Desorientierung, die das Meinungsklima seither umhertreiben, spiegeln zwar Veränderungen der weltpolitischen Bühne. Aber all das berührt nur die Oberfläche, verharrt auf der Ereignisebene und schlägt sich vor allem als weltumspannendes Wahrnehmungsspektakel nieder. An den allgemeinen Trends der Sozialentwicklung selbst, also tief unten, im ächzenden Räderwerk der wirklichen Strukturverläufe, vermochten die Schrecknisse in New York, Afghanistan, dem Irak oder - auf andere Art und Weise - in Argentinien ebenso wenig zu ändern wie an der wohlgemuten Karriere des Wertgesetzes bei der Gestaltung seines neuen „Empire“, dessen mögliche Konturen Hardt und Negri zu skizzieren versuchen.¹⁴

Weder wurde die Globalisierung der wirtschaftlichen Sachzwänge verlangsamt, eher umgekehrt fördert die weltmachtpolitische Vernetzung zur Terrorismusverfolgung die Internationalisierung der Märkte. Noch sah sich die mit dieser Verflechtungsdynamik einhergehende Verschärfung von Wettbewerbsbedingungen abgebremst. Durch beide sehen sich Standorte begünstigt, die möglichst investitionsfreundlich sind, weil sie den Unternehmen wenig oder keine ökologischen, sozialen oder sonstigen Nebenkosten aufbürden. Die postfordistische Wirtschaftssicht mit ihrer ebenso kurzatmigen wie hochmobilen Ökonomie der Schnellgewinnperspektive bleibt alles in allem der neuesten Weisheiten letzter Schluss. In ihr scheint alles möglich, doch sozialpolitisch geht zunehmend weniger, weil tendenziell der Umverteilungsstaat mitsamt seiner Idee einer naturalen Nachhaltigkeit und lebensweltlichen Verlässlichkeit kaum mehr zu finanzieren ist. Nicht zuletzt die Besteuerung der Unternehmen ist unablässig nach unten zu korrigieren, wenn das Land als Standort mithalten will. Und dieser Engpass wird dramatisch, wenn dank technischer Entgrenzungen von Raum und Zeit erst eine wirkliche Konkurrenz der Wirtschaftsräume und ihrer Sozialverfassungen durchgesetzt worden ist.

Das „Modell Deutschland“ jedenfalls steht mit seiner arbeits- oder sozialrechtlichen Vollregulierung und sozialen Anspruchskultur schon im Vorfeld dieser globalen Dauerwettbewerbsrevolution vor schier unlösbaren Finanzierungsproblemen und damit auf Abruf. Das sah sich seit Beginn der 1990er-Jahre von allen Wirtschaftsverbänden gebetsmühlenartig verkündet. Der Kassensturz nach den Septemberwahlen 2002 hat die Abwärtsspirale unterstrichen, falls nicht gegengehalten wird. Aber wie? Und von wem?

Stellenschwund

Es kommt indes noch schlimmer, blicken wir einmal zurück: Man schreibt Ende September des Jahres 1995. Im feschen Fairmont-Hotel, das vom Nob Hill auf San Francisco hinabblickt, versammelt sich zum Thema „Unterwegs zu einer neuen Zivilisation“ ein handverlesener Kreis aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur.¹⁵ Abgeschirmt von der breiten Öffentlichkeit sollen in dieser Runde einer neuen Nobilität unserer Zelebritätsgesellschaft die Konturen eines Planeten ohne Grenzen abgesteckt werden, jetzt, nachdem außer Weltmarktkritikern und unberechenbaren Fundamentalisten dem angelsächsischen Modell des Shareholder-Value niemand im weiten Erdenrund mehr Alternativen oder gar Widerstand bieten zu können scheint. Es lässt sich offen reden im Klub der Macher, entsprechend unmissverständ-

14 Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire*, Frankfurt/M. und New York 2002.

15 Vgl. Hans-Peter Martin/Harald Schumann, *Die Globalisierungsfalle*, Reinbek 1996, S. 9 ff.

lich fällt die gesellschaftspolitische Botschaft aus, die vor allem um eine Theorie der Überflüssigkeit und damit der Entsolidarisierung kreist.

So entspannt sich auf dem Podium ein Wortwechsel über den Umfang der für die Produktivität der Zukunftswelt benötigten lebendigen Arbeitskraft. Solange nicht andere Finanzierungsmodelle der Kollektivität wie Maschinensteuern oder Kapitaltransferbelastungen eingeführt werden, hängen vom Ausmaß der Beschäftigung nicht nur Einkommen und staatliche Ordnungsmuster samt Infrastrukturen ab, sondern auch die Sinn- und Orientierungsformen in einer sich wie rasend über die Erde ausbreitenden Wissenschaftsgesellschaft. Die Debatte beschäftigt sich hauptsächlich mit Rationalisierungsreserven. Sie seien bei weitem nicht ausgeschöpft, obschon seit 1990 etwa in Deutschland nur 30 Prozent der Erwerbsverläufe längerfristig stabil waren.

Nach einigem Hin und Her ist man sich einig. Die angereisten Spitzenleute der Wirtschaft, die mitbestimmen, wie es weitergeht, seit sich die Demokratien und Staaten im Bannkreis internationaler Absprachen politisch selbst entmachten, sagen das Ende des bisherigen Gesellschaftsvertrages voraus, von einem neuen ist nicht die Rede. Mit ihm hatte man gehofft, Kapital und Arbeit über gute Entlohnung, Mitsprache und Sozialversicherungssysteme zu versöhnen. Die heutige Weltwirtschaft hingegen könne bei weiter steigenden Produktivitätsraten durchaus mit - sagen wir - 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in Gang gehalten werden.¹⁶ Wozu also noch bindende Verträge mit dem lästigen Rest?

Die übrigen 80 Prozent der Arbeitskraftanbieter könnten sich entsprechend durch technologisch-strukturelle Arbeitslosigkeit unter dem Dauerdruck der Flexibilität in prekären Beschäftigungsverhältnissen wiederfinden, was ihrer Ausschließung als neues Heer von Tagelöhnern den Weg bereiten würde. Schon heute ist jeder elfte Bundesbürger arm, eine Prozentzahl mit steigender Tendenz. Hat der Kapitalismus nicht nur die „Arbeiterklasse zu Grabe getragen“ (Giddens), sondern die Arbeit selbst, jedenfalls als Beruf (vocatio) - via Sinnstiftung durch Lebensbewährung - im Sinne der die neuzeitliche Leistungsvorstellung prägenden Auffassung von Martin Luther? Ist die Marktwirtschaft außer Rand und Band gut für Produktivität, nicht aber für die Zuteilung ihrer Früchte? Denn Arbeit, etwa im anspruchsvollen Verständnis des „rheinischen Kapitalismus“, wie er die industrielle Vergangenheit gestaltet hatte, Arbeit also, die wir als Unterhaltsgrundlage und Lebenszweck kennen und benötigen, obschon auch sie uns zugleich in Mühsal vernutzt,¹⁷ wird offensichtlich immer wertloser für jene „oft mysteriöse Vermehrung“ des Kapitals, die Ralf Dahrendorf verwundert notiert hat.¹⁸

Verlust der Basis

Trotz aller Bedenken: Die Tendenzen in Richtung auf eine Zwanzig-zu-Achtzig-Gesellschaft, wie sie *zwischen* den Staaten weltweit seit langem besteht, produziert wahre Wunder an Fortschritten samt erstaunlichen Konsumchancen in einer Welt der Apparaturen. In ihr ist für

16 Jeremy Rifkin (Das Ende der Arbeit und der Zukunft, Frankfurt/M. 1999) hat für 2020 gar prognostiziert, dass 3 Prozent der heute in der Industrie Beschäftigten ausreichen, um die Welt mit den nötigen Industrieprodukten zu versorgen.

17 Wie ein Blick etwa in den von Bernhard Badura u. a. herausgegebenen „Fehlzeiten-Report 2001“ (Heidelberg 2002) demonstrieren kann.

18 Ralf Dahrendorf, Leben als Tätigkeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.12.2001, S. 6.

Gewinner alles möglich, auch wenn für die Übrigen immer weniger Chancen bleiben, trotz aller Überlegungen um mehr flexicurity in einer „neuen Arbeitswelt“ (Hartz) mit Programmengelt, Zeitverträgen, Gewinnbeteiligungen oder Zeitwertpapieren, aber ohne festes Einkommen.

Aufgesetzter Zweckoptimismus rosaroter Medienzukunftsbilder hin oder her: Eher düstere Visionen einer neuen Mittelalterlichkeit, wie Alain Minc es ausdrückte, sind hinter vorgehaltener Hand seit längerem zu hören.¹⁹ Sie wurden selten so unverblümt in Kauf genommen wie aus berufenem Munde in San Francisco: Auf dem Arbeitsmarkt wie allgemein in der Gesellschaftspolitik gehört die Zukunft einem wissenschafts- und technikgestützten Immaterialkapitalismus weitgehend ohne Handarbeit.

Aber, mag man fragen, muss alles wirklich so drastisch kommen? Ist der Traum vom „Wohlstand für alle“ ausgeträumt? Lässt sich eine Gesellschaft ohne Mittelstand überhaupt vorstellen? Wird nicht vielleicht eine „Multiaktivitätsgesellschaft“ (Gorz) dabei herauskommen? Mit Ulrich Oevermann gar eine Epoche der Müßiggängerei, wer immer dafür auch aufkommen mag?²⁰ Oder entstehen in der Ex-und-Hopp-Gesellschaft wenigstens ausreichend neue Beschäftigungsmöglichkeiten in allerlei Niedriglohnbereichen?

Mag sein, dennoch werden die Umstellungsfolgen dieser Tendenzen drastisch ausfallen, selbst wenn es sich um einen schleichenden Vorgang handelt. Dagegen werden Appelle an einen neuen Gesellschaftsvertrag wenig ausrichten, weil er mit den Kräften der Veränderung nicht zu schließen ist. Denn die in Kalifornien angesprochene Renditelogik pur, die sich überall nachgeäfft sieht, mag womöglich durch allerlei marktfremde Vorbehalte, soziale Traditionen oder politische Eingriffe, nicht zuletzt auch durch die den realen Gegebenheiten hinterherhinkende Staatsförmigkeit der Weltinnenpolitik gefiltert und daher gemäßigt wirken. Insofern sind die problematischen Ergebnisse der Produktivitätsexplosion ohne Produzentenmassen als absehbares Ende des Sozialstaates herkömmlicher Form noch nicht überall in der Hochentwicklung durchgeschlagen. Sie lassen sich aber daran ablesen, dass die Weitermodernisierung einen Bogen um Wirtschaftszonen - wie etwa Russland - macht, die sich dem Marktsog verweigern oder ihm aus welchen Gründen auch immer nicht gewachsen sind und sich darum ökonomisch im freien Fall befinden. Zählt bald auch Deutschland dazu, wie auswärtige Beobachter warnen?

Wobei das Sozialchaos als Folge einer stetigen Ausdünnung der Unterstützungssysteme durch den Weg in die Zwanzig-zu-Achtzig-Gesellschaft weiter dramatisiert werden wird. Als Ausstieg aus der Fabrikwelt wiederholt das Zukünftige ältere Katastrophenszenarien, wie sie nicht zuletzt durch Hegels (Rechtsphilosophie, § 243 ff.) Theorie der Entzweiung beschrieben wurden. Diese versuchte einst jene blinde Fatalität auf den Begriff zu bringen, die der Übergang zum Industrialismus ganzen Generationen zumutete.

Teufel oder Belzebug? Obschon der Bazillus einer frustrationswirtschaftlichen Anomie ohne eine gemeinsame Wertebasis schwerlich einzudämmen ist, besteht bei den Gesellschaftsvisionen gegenwärtig keine große Auswahl im Angebot der finanzwirtschaftlich gehetzten Sozialmoderne. Auch dieser Kreativitätsmangel erschwert es, Zwecke eines anderen Gesellschaftsvertrages zu bestimmen. Die Gegenwart pflegt zwar angeblich eine „Ideenökonomie“, als Folge der Entsorgung überkommener institutioneller Erfahrungen gehen ihr indessen zunehmend die Geistesblitze und damit die Alternativen aus, wie dem

19 Alain Minc, *Le nouveau Moyen Age*, Paris 1993, S. 205 ff.

20 Vgl. Ulrich Oevermann, *Die Krise der Arbeitsgesellschaft und das Bewährungsproblem des modernen Subjekts*, in: Roland Becker u. a. (Hrsg.), *Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung*, Konstanz 2001, S. 19 ff.

Lebensqualitätsschwund zu entgehen wäre. Mehr denn je wird stattdessen frei nach „Am Ende des Geldes ist noch so viel Monat übrig“ der nackte Bedarf wieder den Ton angeben. Für die Masse all jener „Einzigsten ohne Eigentum“, um Max Stirner zu variieren, die hinfort die Sozialwelt als neues Jobberproletariat mit Illusionen der Selbstverwirklichung bevölkern werden, dürfte die kommende Zeit vor allem durch Anerkennungs- und Solidarisierungslücken gekennzeichnet sein. Die neue Härte eines fairen Naturrechts als Recht des Finanztüchtigeren gilt indessen seit John Rawls nach dem Motto: „Ein jeder frei wie er kann!“ ohnedies als die eigentlich gerechte „Gerechtigkeit“. Die Folgen dieser Soziallehre dürften eher zur Brutalisierung der Zeitläufe führen als zu neuen Ufern der vielbeschworenen Erlebnisgesellschaft, die Jochen Hörisch in eine „Unsinnsgesellschaft“ abdriften sieht.²¹

Anomie

Solcher Risikozukunft kommen neben der anständig bezahlten Arbeit nicht zuletzt die beruflichen Rollenmuster abhanden.²² Vor allem auch deswegen, weil sich Investoren hinfort befreit von Raum, Zeit oder Kultur aus einem Weltpool der Arbeitskraft das günstigste Angebot herauspicken, wo auch immer, um Gewinnquoten zu steigern: Und wer vermag schon das indische Lohnniveau zu unterbieten? Genau diese Optik führt zu einem weiteren Szenario, das zugleich auf Grenzen dieser Fehlentwicklung verweist, ohne dass bisher ex officio außer vagen „Dritten Wegen“ von politischen Notausstiegen aus den Kalamitäten einer öffentlich verarmten Gesellschaft ohne hinreichende Reziprozität die Rede ist.

Frustration als Ausstieg oder Aufbegehren verweist im „neuen Zeitalter der Ungleichheiten“²³ auf mögliche Widersprüche im Gesellschaftsgetriebe, wiewohl vorerst eher an Rändern, die im Schatten liegen. Wenn aber die technische Entwicklung mit ihren Chip- und Kommunikationsrevolutionen im gleichen Tempo weitergeht, wird das Marktgeschehen die verbleibenden Schockabsorber beseitigen. Damit endet auch jenes Zusammenspiel aus Rentabilität und Chancengleichheit, das bislang Markt und Lebenswelt einigermaßen kompatibel hielt, wiewohl bisher auf Kosten der Umwelt.

Mitten im Selbstverwirklichungssog einer Ökonomie, die sich wie eine Matrix der Energien jener „psychischen Systeme“ nur mehr bedient, wie es kühl bei Luhmann heißt, ohne ihnen zugleich mit Erwerb, Auskommen und Lebenszwecken dienen zu können - es sei denn einer immer kleiner werdenden Elite -, kündigen sich Stresserscheinungen dieser Wirtschaftsweise an. Sie aber signalisieren Störfälle für Sicherheit und Ordnung, die in zunehmendem Maße unkalkulierbar sein werden, weil durch den Wegfall der Wohlfahrt der Staat nicht länger vor der Unzufriedenheit der Bürger geschützt wird.²⁴ Die Rede ist vom „Ende der zivilisierten Stadt“, von dem Manuel Eisner mit Blick vor allem auf juvenile Aggressivität und Gewaltsamkeit gesprochen hat, die als Folge von Familienauflösungsprozessen, Verwahrlosung

21 Jochen Hörisch, Neue Medien machen alte nicht überflüssig, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 11 (2001), S. 685 ff., hier S. 688.

22 Weswegen wahrscheinlich mehr als „Ein neues Paradigma für die Konstruktion von Berufsbildern“ nötig sein dürfte, wie Edgar Sauter (WSI-Mitteilungen 1 (2002), S. 3 ff.) meinte, handelt es sich doch überhaupt um das Überleben der Berufsgesellschaft.

23 Vgl. Jean-Paul Fitoussi/Pierre Rosanvallon, Le nouvel âge des inégalités, Paris 1996, S. 67 ff.

24 Vgl. zum historisch-ursächlichen Zusammenhang von Sozialstaat und Globalisierung Elmar Rieger/Stephan Liebfried (Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/M. 2001), die nachweisen können, dass die scheinbar autonome Ökonomotorik letztlich das Ergebnis staatlichen Handelns bleibt, weil Politik mit ihren Hauptzielen (Arbeitsplätze + Standortsicherung) lokal verantwortet werden muss.

oder Arbeitslosigkeit der Berufsanfänger wachsen.²⁵ Die Kette der Vergesellschaftung beginnt an ihrem schwächsten Glied zu reißen, der Jugend, die trotz aller Werbung keiner mehr zu brauchen scheint, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt.

Dabei steht „Urbanität“, in deren Umfeld sich diese Überlastanzeichen am stärksten niederschlagen, symbolisch gerade für jenen Prozess der Zivilisation, der seit der Aufklärung als Aussicht auf eine humane, soziale und friedlichere Vergesellschaftung die Marktmoderne in Gang gesetzt hatte. Nun erweist sich, dass diese Versprechen, auf denen seit den frühmodernen Menschenrechtserklärungen alle westlichen Gesellschaftsverträge ruhen, entkernt wirken oder nicht einzuhalten sind, es sei denn, man änderte die heutige Verlaufslogik der Dinge. Das aber würde heißen, demokratischen Willen im Sinne einer „guten Gesellschaft“ zu aktivieren, um dem wirtschaftlichen Eigenlauf, der entschieden in eine Nichtgesellschaft weist, mit Hilfe wenn möglich parlamentarischer, ansonsten eben populistisch motivierter Entscheidungen vielleicht noch die Stirn zu bieten.

Ist das überhaupt noch denkbar oder bleibt solch ein Appell ohne Nachdruck? „Es geht um eine neue Rollenverteilung zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat“, wie Anthony Giddens formuliert hat.²⁶ Doch wer soll den notwendigen Prioritätenwechsel durchsetzen, wenn Politik inzwischen als mediales Schaugeschäft abläuft und die drängenden Fragen und Interessenkonflikte ausblendet, die einer Marktdynamik entstammen, der alle Welt offenbar nur nachhecheln kann?

Muss es erst noch schlimmer kommen, ehe öffentlich darüber beraten werden kann, ob die Mitwelt im Sinne von „Das Kapital hat gegenüber dem Menschen ... nur dienende Funktion“²⁷ einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag benötigt, der einen Rohstoffwechsel vom Finanzkapital zurück zum Humankapital ins Auge fasst? Oder reichte es vielleicht, bewährte Entwürfe einer kooperativ-sozialen Marktwirtschaft zu beleben, die seit Gracchus Babeuf („enchaîner le sort“) auf die eine oder andere Weise davon ausgegangen waren, dass Wirtschaft nicht mit Schicksal gleichzusetzen ist. In Wahrheit sei sie nichts anderes - so Hegel - als „die Magd, die uns täglich die Suppe auf den Tisch zu stellen hat“. Was gesellschaftspolitisch allerdings verlangte, mit George Gilder zu reden, Themen wie Armut und Reichtum wieder für zu wichtig zu halten, um „sie allein den Ökonomen (zu) überlassen“.²⁸ Vor allem jetzt, nachdem jegliche „metaphysische Würde“, die das neuzeitliche Wirtschaftsdenken laut Alexander Rüstow²⁹ ursprünglich für sich reklamieren konnte, einer monetären Blickverengung zum Opfer gefallen ist.

25 Manuel Eisner, Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Frankfurt/M. und New York 1997.

26 Anthony Giddens, Die moderne Gesellschaft, in: Armin Pongs (Hrsg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?, Band 2, München 2000, S. 53 ff., hier S. 76.

27 Arbeitgeberverbände (Hrsg.), Wirtschaft, Mitbestimmung und freiheitliche Gesellschaft, 1965, S. 47.

28 George Gilder, Reichtum und Armut, Berlin 1981, S. 7.

29 Alexander Rüstow, Die Religion der Marktwirtschaft (1949), Münster u.a. 2001, S. 22.